

# Unterhaltungswert und Glatteis bei negativen Koalitionsaussagen

von Fritz Riege

I.

Negative Koalitionsaussagen können bei einem Richtungswahlkampf und entsprechend angestauten Erwartungen von Mitgliedern und WählerInnen notwendig sein. Sie sind unproblematisch, wenn es sich um jahrzehntelang und noch länger inkrustierte prinzipielle Gegnerschaften handelt, wie zum Beispiel von demokratischen Parteien gegen Chauvinisten oder unverbesserliche Stalinisten. Solche Aussagen werden von WählerInnen und Mitgliedern erwartet, sie sind von nur geringem Unterhaltungswert für Medien und TalkmasterInnen.

Negative Koalitionsaussagen einer demokratischen Partei X gegen eine demokratische Partei Y sind da schon schwieriger. Sie haben vor allem dann einen großen Unterhaltungswert und können das gesamte Panorama inhaltlicher Auseinandersetzungen in den Hintergrund drängen, wenn es um Fragen der Glaubwürdigkeit geht oder wenn PolitikerInnen durch JournalistInnen „auf Glatteis“ gezogen werden können. Die Glaubwürdigkeit negativer Koalitionsaussagen ist nämlich immer dann besonders gefragt, wenn es nach anderen als bei der gerade anstehenden Wahl schon Koalitionen, Tolerierungsabkommen oder auch nur Sondierungsgespräche der X- mit Y-Partei gegeben hat, z.B. Schwarzgrün in Hamburg und in einigen Kommunen oder Rot-Rot in ostdeutschen Bundesländern, in Hessen und ebenfalls in einigen Kommunen. Mangelnde Konsequenz kann auch dann vom politischen Gegner beklagt werden, wenn der/die X-Kandidat/in zur zeitnahen Bundespräsidentenwahl um Y-Stimmen wirbt.

Die X-Partei verweist in solchen Fällen stets auf die Andersartigkeit und die Besonderheit der anstehenden Wahl, sie trägt aber die Beweislast dafür und gerat damit verfahrenstechnisch gesehen zunächst in die Defensive. Ein noch so gutes eigenes Programm der X- Partei und ein noch so wenig überzeugendes Programm der Y-Partei, mit der man ja nicht zusammenarbeiten will, nutzt da wenig, denn der Unterhaltungswert von Programmvergleichen ist auf dem Höhepunkt von Wahlkämpfen, wo nur noch grobe Holzschnitte verkäuflich sind, eher gering. Kommt dann auch noch bei einem Programmvergleich heraus, dass es nicht nur ein „weißes X- und ein schwarzes Y- Programm gibt, sondern dass es einige zumindest grundsätzliche Übereinstimmungen, z.B. in der Klimapolitik bei Schwarzgrün oder in der Sozialpolitik bei Rot- Rot gibt, dann braucht man viele Sätze, um dennoch deutlich genug bei der negativen Koalitionsaussage zu bleiben. Viele Sätze aber verringern erfahrungsgemäß die Überzeugungskraft von Argumenten. Die X- Partei tut in solcher Situation gut daran, auf für sie positive Themen zu setzen, als sich an der negativen Koalitionsaussage festzubeißen. Schon die früheren Generalsekretäre der CDU, Heiner Geißler und Kurt Biedenkopf, beherrschten meisterhaft die semantische Klaviatur der Themensetzung, Biedenkopf nahm dafür sogar eine Art Erfinderschutz in Anspruch. Bei der SPD hingegen muss jedes Thema zu Nutz und Frommen ihrer Aktiven (z.B. Fritz Riege) erst einmal vollständig ausdiskutiert werden. Insoweit gibt es für negative Koalitionsaussagen ein strukturelles Minus bei der SPD.

II.

Negative Koalitionsaussagen zwischen X und Y gelten immer nur für die Gegenwart, denn redlicherweise kann dabei nicht ausgeschlossen werden, dass sich z.B. die Programme von bisher eher auf Opposition gepolten Parteien im Verlaufe der Etablierung immer mehr der Realität annähern und Kompromissfähigkeit zeigen.

Damit verlieren aber derartige Botschaften an Rigorosität und Durchschlagskraft und Schlagzeilen wie „Wird aus dem Nein des Jahres 2009 im Jahre 2013 ein fröhliches Ja?“ sind vorprogrammiert.

Derartige Schwarzmalereien allein sprechen zwar nicht gegen gut bedachte und notwendige negative Koalitionsaussagen, es bleibt aber dennoch allerhand „Glatteis“, auf das man sich dabei begeben kann.

III.

Hat sich nämlich ein Wahlkampf so richtig an dem Thema „Koalition“ festgezurrert, dann taucht sehr schnell die einfache, aber mit einem explosiven Sprengsatz versehene Frage auf, ob sich der/die Spitzenkandidat/in der X-Partei denn notfalls auch mit den Stimmen von Abgeordneten der Y- Partei wählen lassen würde. Es wird also bewusst nicht nach Koalitionsbereitschaft ja oder nein gefragt, sondern nach einer theoretisch möglichen Konsequenz aus der negativen Koalitionsaussage.

Lautet dann die Antwort „nein“, dann wird daraus ganz sicherlich von Konkurrenten konstruiert, dass sich damit schon die Kandidatur eines/r X-Abgeordneten zum Regierungschef verbietet, wenn nur ein/e Y- Abgeordneter/e an dieser Wahl teilnehmen kann. Eine „verdeckte“ Stimme aus dem Y-Lager, mit der sich ein/e Kandidat/in wählen lässt, gilt dann als von ihm/ihr einkalkuliert. Eine solche Wahl aber kann durchaus bereits mit dem Stigma „Wortbruch“ vom politischen Gegner eingestuft werden, obwohl sie nicht allein im Gestaltungsbereich des/r X- Kandidaten/in liegt. Vor dieser Situation stand übrigens die SPD im ersten Anlauf zur Ministerpräsidentenwahl 2008 in Hessen.

IV.

Beschränkt man zur Vermeidung missverständlicher Antworten auf derartige Fangfragen die negative Koalitionsaussage auf ein klares Nein zu Sondierungsgesprächen, Tolerierungsabkommen oder Koalitionsverhandlungen von X mit Y, die allesamt im Gestaltungsrahmen von X liegen und lässt sich auf Sophistereien der oben geschilderten Art erst gar nicht ein, bleibt zumindest noch die Minderheitenregierung ohne Tolerierung als eine weitere „Glatteis“- Möglichkeit.

Eine verdeckte oder offene Mitwahl von X-Kandidaten zum Regierungschef ist nämlich dann ohne politische Bedeutung, wenn ein Koalitionsvertrag der X- Partei mit anderen Parteien außer der Y- Partei geschlossen wurde, der zumindest von den Fraktionszahlen her eine Mehrheit garantiert. Minderheitenregierungen von z.B. Schwarzgelb oder Rotgrün gehören nicht zu dieser Alternative, wohl aber die „Ampel“, „Jamaika“ oder die „Große Koalition“.

Alle diese Aufzählungen von Fallstricken bei einer negativen Koalitionsaussage kann sich im Grunde jedermann an fünf Fingern abzählen, sie sind nicht sehr originell. Sie zeigen aber die Probleme in gesammelter Form auf und erinnern daran, wie zielgenau negative Koalitionsaussagen zu formulieren sind, wenn sie denn schon sein müssen.

**Dr. Fritz Riege war Sozialstaatssekretär in Niedersachsen und zuvor Vertragsreferent bei der Arbeitsgemeinschaft niedersächsischer GKV- Kassen, Er lebt in Celle.**